

Deutsches Reich.

Die Zusammenstellung der Ergebnisse der Enquete über die Sonntagsarbeit ist beendet und befindet sich bereits im Druck; sie dürfte mit einem Generalabschlussbericht demnächst dem Reichstage zugehen.

Mit der Klärung des Oberpräsidenten Grafen Zeltz als Karlsruher, wo er Erholung von Ueberanstrengung des letzten Winters gesucht hatte, sind die Arbeiten der Antiebekommision für die politischen Landesbesten wieder in lebhafteren Gang gekommen. Es handelt sich neben den Anträgen zur Zeit insbesondere darum, die ersten Kolonisationsstellen ins Werk zu setzen. Die Vorbereitungen für die Wiederholung einiger der angefallenen Güter, welche zugleich dazu dienen soll, Erfahrungen für die weiteren Kolonisationsarbeiten zu sammeln, erscheinen eine intensive persönliche Tätigkeit des Vorsitzenden der Kommission und werden jetzt energisch gefördert. Zu Anfang Mai ist eine weitere Sitzung der Antiebekommision in Aussicht genommen.

22. April, 24. April. Von dem Vorherrschen des National-liberalen Vereins für das Königreich Sachsen, Landesamts-Sekretär Dr. Gensel-Weipzig, wurde heute Mittag kurz nach 12 Uhr der öffentliche Parteitag der National-liberalen Partei, welchem die Generalversammlung des Parteiverbands für das eigene Vaterland sich anschloß, eröffnet. Vorher hatten die Mitglieder der national-liberalen Sache, deren die Mitglieder der Fraktion des Reichstags eingeladen und u. a. waren erschienen die Herren Abg. Vizepräsident des Reichstags Dr. W. v. Marquardts, Dr. Meyer-Zena u. i. m. Der Führer der Partei, Dr. v. Bennigsen, war in letzter Stunde noch verhindert worden, seine Parteimitglieder in Leipzig begrüßen zu können, verließ jedoch nicht, seine besten Glückwünsche für die fernere Entwicklung der Partei in Sachsen telegraphisch den im großen Theateraal des Krupp-Palaises sogleich versammelten Parteimitgliedern zu übermitteln. Es gilt nicht etwa, heute Beschäftigte her zu lassen, sie sind schon müde, besagte Dr. Gensel-Weipzig, wir wollen nur die Mitglieder der Reichstags von Ansehlichkeit zu Ansehlichkeit sehen, um von ihnen ihre Meinungen entgegenzunehmen. Wenn einst der verlorene Stephan jagt, wir müssen Geduld haben, weil Zeit kommt wieder, so hat er Recht behalten, denn die Zeit der nat. lib. Partei ist da. Ihre Partei ist eine echte und rechte Bürgerpartei und ich werde mich bemühen, sie zu unterstützen. Wir sind in der letzten Zeit mit der Konstitution v. B. in der Frage der Militärvorlage zusammengekommen und stets zusammengeblieben, wir haben jedoch nicht an Selbständigkeit verloren, da wir nach wie vor an dem Grundsatz festhalten: das Vaterland, nicht die Partei. Das Volk ist der fortwährende Mangelnde müde, wie allmählich Jeder sieht, und wir haben, Gott sei dank, im Reichstag jetzt eine Majorität der positiven Tätigkeit. Jeder zeigt sich gerade in Sachsen, dem Lande der größten Betriebsamkeit, auch ein sehr großer und schäme Feind, nämlich das alles zerstörende Element der Sozialdemokratie. Viele in jeder Reihe unzufriedene Partei bekämpfen wir, wir stehen aber auf dem Programm der fairen, Vorwärts führen die berechtigten, Unzufriedenheit aus der Welt zu schaffen. Und da kommt mir eine Schrift eines Partei- und Reichstagsmitgliedes, Dedeblauer in den Sinn (eines Mannes, der sich vom athen und einfachen Arbeiter zum Arbeitgeber emporgearbeitet hat), durch welche der Grundstein gelegt, daß der Arbeiter zum Arbeitnehmer als Mensch zum Menschen sprechen soll, ein Grundgesetz, gegen der Benutzung unerbittlich viel gefordert wird. Daß sich einige Mitglieder der deutsch-liberalen Partei angegriffen haben, um die lokale Frage zu lösen, halte ich für ein bedeutungsvolles Zeichen der Zeit. Jedem betrifft natürlich die Anwesenheit, insbesondere die anwesenden Reichstagsmitglieder, von denen zuerst das Wort erging unter lebhaftem Applaus Vizepräsident des Reichstags Dr. W. v. Marquardts. Die national-liberale Partei ist aus der Minorität wieder in die Majorität getreten und sie ist sich dessen vollbewußt. Wir müssen an die Militärvorlage herantreten und wir haben, daß sich das Volk bewegt hat, daß die Erklärung der Herrschaft der Schöpfung des Landes und des europäischen Friedens ist. Die Mittel hierzu wollen wir aus der Sammlung der Bundessteuer und einer entsprechenden Besteuerung des Branntweins entnehmen. Wir hoffen damit, daß es nicht nötig sein wird, weitere Objekte zur Besteuerung heranzuziehen. Der Vorschlag, daß auf das jetzt sehr vertheuerte Mehl ein Steuerzuschlag und Arbeiternehmer zugewandt, von denen wir untereinsten viel Nutzen für die Kräftigung dieses Berufswirkes eingetretet und haben dies hierauf abjehenden Geistes auch dann angenommen, wenn sie in kleinen Einzelheiten nicht ganz

genau den Forderungen unserer Partei entsprächen. Wir verstehen uns aber auch nicht, daß ein sehr gut arbeitender Arbeiter sich gelobten Berufswirkes an den Reichstag zu stellen, wenn er nicht aus anderen Gründen unserer Partei beitreten will und uns treu den Prinzipien unserer Partei beitreten will und uns treu den Prinzipien unserer Partei beitreten will. Die national-liberale Partei wird sich in der Zukunft und dem weiteren Ausbau des Reiches mitwirken. (Langenballeder Beifall.) Abg. Dr. Marquardts, demnächst folgt, bezieht sich auf die Aufstellungen der national-liberalen Partei und weist die seiner Partei gemachten Vorwürfe einer exclusiv freibürgerlichen Richtung und eines übertriebenen Unitarismus zurück und bemerkt: Wir mit mehreren anderen Parteien stehen auf ein Ziel los; dieses Streben ist aber total verschieden von dem Zusammengehen jener heterogenen Elemente, die aus reiner Opposition zusammengehören. Der national-liberalen Partei bricht der Vöner, überhaupt in einer föderativen Einmütigkeit, eine große Zukunft zu, wenn sie wirklich liberal bleibt, berührt die Justizorganisation und schließt mit einem dreifachen Satz auf Kaiser und Reich, in welches die Veranlassung begründet eintritt. Abg. Dedeblauer bespricht, daß die national-liberale Partei gerade in ihrer Zusammenziehung aus Freibürgern, Gelehrten, Geschäftsleuten u. s. w. zur Bildung der sozialen Frage beitragen kann und wünscht, daß die Arbeiter trotz ihm seien, daß anstelle der in der letzten Reichstagswahl besiehten sozialistischen Agitatoren doch ehrenwerthe Männer getreten sind. Abg. Dr. Meyer-Zena konstatiert, daß aus ganz Mitteldeutschland kein einziger sozialistischer Abgeordneter in den Reichstag gelangt ist, ein Beweis, daß die Drömmenpartei in den Mittelstädten gewachsen ist, daß das deutsche Bürgerthum noch Wache hält. Abg. Dr. Vöhrter bezieht sich das Einberufen der Regierung mit der national-liberalen Partei, welches der Partei die Kraft verleiht. Er behauptet, daß die national-liberalen Parteimitglieder des Reichstags und nicht die seiner Partei gemachten Gegenüber zur Regierung in Bezug auf die kirchenpolitische Vorlage. Jedem hält dies für ungerüstet, daß die Stellung des Papstes zu untern protestantischen Kaiser heute eine ganz andere ist als vor 10 Jahren. Es muß doch jedem Deutschen daran liegen, daß die Wünsche der katholischen Deutschen, welche im Reichstag die Mehrheit bilden, nicht durch die national-liberalen ausgemacht, gerichtet werden — sonst es der Staat vermag. Nachdem Abg. Dr. Sattler-Hannover die Grüße der Parteimitglieder überbringt, schließt der Vorsitzende Dr. Gensel die Versammlung. Aus der kurz erledigten Generalversammlung des National-liberalen Vereins für das Königreich Sachsen ist die Mitteilung bemerkenswerth, daß die Zahl der Vereinsmitglieder von 6030 auf 8969 getiegen ist.

Wendischer Landtag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung vom 23. April.

Am Ministerische Kultusminister Dr. v. Götzer, Minister für Landwirtschaft, Forsten und Domänen Dr. Lucius, Ministerialdirektor de la Croix; Geh. Ober-Regierungsräte Camp, Kappel, Braunschweig, Freiler v. Zedlitz-Wendisch und andere. Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten. Eingegangen ist der Antrag des Abg. Graf Kanitz, die Regierung anzufragen, im Bundesrat die Erhöhung des Volles für die a. l. m. W. v. 2 auf 20 Pf. zu beantragen. Zu dieser Verhandlung steht der Entwurf eines Gesetzes betr. die Heranziehung der Provinzen zu mit Präzipualleistungen für den Wegebau in der Provinz Sachsen. Der Entwurf enthält in seinem § 1 folgende Bestimmung: Wird ein öffentlicher Weg infolge der Anlegung von Fabriken, Bergwerken, Steinbrüchen, Ziegelfeldern oder ähnlichen Unternehmungen verengt oder durch deren Betrieb ganz oder theilweise unbenutzbar gemacht, so kann auf Antrag derjenigen, deren Unterhaltungslast durch solche Unternehmungen vermindert wird, dem Unternehmer nach Verhältnis dieser Verengung, wenn und inwieweit dieselbe nicht durch die Erhebung von Chausseegeld bedeckt wird, ein angemessener Beitrag an der Unterhaltung des betreffenden Weges auferlegt werden. Abg. Freiler v. Zedlitz-Wendisch, der sich nicht an, daß der § dieses Gesetzes wichtige Kraft haben werde, und möchte dies hiermit konstatieren haben. Das Bedürfnis für ein solches Gesetz ist aber nicht nur in der Provinz Sachsen vorhanden, sondern gleichfalls in den Provinzen Aachen, Rheinprovinz und besonders in meinem Heimatlande Westfalen. Ich verweise hierauf auf die Heranziehung der Provinz zu mit Präzipualleistungen für den Wegebau in der Provinz Sachsen, indem ich die Hoffnung hege, daß die künftige Staatsregierung schon in der nächsten Session einen bezüglichen Gegenentwurf für die von mir namhaft gemachten

[42]

Gottes Mühlen.

Wann von Gw. Aug. Kömig. (Fortsetzung.)

„Dummkopf!“ merkelte Steinbauer, schritt eine Weile stumm im Zimmer hin und her, nahm dann seinen Hut, warf einen Blick in den Spiegel und ließ die Treppe hinan. Nach kurzem Anstehen trat er in das Wohnzimmer der Witwe Wilfert. „So komme, um mit Ihnen ein Geschäft zu machen,“ sagte er in vertraulicher Tone. „Sie sind eine arme Frau und können Geld brauchen; ich will es Ihnen verschaffen.“ „Wie?“ fragte Frau Wilfert misstrauisch, während Helene hinter den Schilf ihrer Mutter trat, als ob sie bei ihr Schutz suchen wolle. „Nun ja, wie kann Sie das überreichen? Ich habe Sie auch und Ihren Mann schon gekauft, als sie beide noch verlobt waren. Sie bedürfen Sie Rath und Hilfe, und ich bringe Ihnen Geld.“ „Für die Papiere, die Ihr Mann hinterlassen hat.“ „Und was wollen Sie mit diesen Papieren thun?“ „Der Walfar fuhr mit dem jetzigen Taktchen über seine Seiten, und ein lauerndes Blick schweifte verlobten durch das Zimmer und freute dabei auch das Antlitz Helens, die ihn voll banger Erwartung unverwandt anschaute. „Das Ihr Mann Ihnen nie gesagt, daß er hier und da kleine Beträge zu fordern habe, die er nicht bekommen könne?“ fragte er. „Davon weiß ich nichts,“ erwiderte Frau Wilfert. „Er wird Ihre Vorwürfe gerichtet haben. Wir sagte er, manchmal sei man ihm den Lohn für seine Mühe schuldig geblieben; er habe Schuldscheine und andere Papiere über diese kleinen Forderungen. Nach seinem Ableben würde man ihnen in seinem Nachlass finden; er hoffe, daß es Ihnen dann gelingen werde, das Geld zu erhalten. So habe ich schon damals erwidert, eine Frau vererbe von solchen Dingen nichts; Sie hätten auch nicht die nötigen Mittel, um auf

den Prozeßwegen gegen die sämmtigen Schuldner vorzugehen. Da hat er mich denn, daß ich mich der Sache annehmen müge, und ich hab's ihm versprochen.“ „Das klang so einfach, daß die alte Frau an ihrem Mißtrauen irre wurde; gleichwohl schüttelte sie noch immer mit ungläubiger Miene das Haupt. „Und nun wollen Sie diese Forderungen eintreiben?“ fragte sie. „Ne nach den Umständen kaufe ich Ihnen gegen eine bestimmte Summe die sämmtlichen Papiere ab; Sie erhalten in diesem Fall das Geld sofort,“ antwortete er ruhig. „Wir müßten doch die Papiere zuvor durchsehen.“ „Natürlich; wollen Sie mir die Papiere anvertrauen, so werde ich Ihnen heute nachmittags mein Angebot machen.“ „Thue es nicht, Mutter,“ rief Helene, „wir selbst müssen zuerst die Papiere prüfen.“ „Dat denn der Vater überhaupt Papiere hinterlassen? Ich weiß auch das nicht einmal.“ „Ein hümes Päckchen,“ erwiderte Helene, der das sonstige Aufsehen in den Augen Steinbauers nicht entgangen war. „So fand es beim Austräumen des Schränkchens, in dem seine Noten und Instrumente lagen.“ „Es werden die Schuldcheine sein, von denen ich sprach,“ sagte der Walfar mit mißsam ergungener Miße; „ich kann sie ja auch hier durchsehen. Es wird nicht lange dauern, wenn ihrer nicht viele sind.“ „So hole die Papiere,“ wandte sich die alte Frau zu ihrer Tochter; „ich weiß zwar nichts von ansiehenden Forderungen, aber es ist ja möglich, daß solche vorhanden sind.“ Helene verließ das Zimmer und Steinbauer rückte den Schilf, auf dem er saß, näher an den Tisch heran. „Ich kann nur übersehen, was der Verlorbene mir gesagt hat,“ erwiderte er, „und ich will mein Versprechen einlösen.“ So erwiderte sie man mit sämmtlichen Schuldnern unspringen müßte; Ihr Mann hatte keine Energie — er ließ Gutes Walfar über Gottes Land kaufen. Wenn er Energie besaße, hätte er selber, selber!“ schrie sie. „Wären wir wahrhaftig vermögende Leute. Er konnte ein Geheimniß, das einem reichen Herrn sehr gefährlich werden

Brünnen vorlegen werde. Sollte sich diese Hoffnung nicht erfüllen, so werde ich allerdings auch zu selbständigen Anträgen mich genöthigt sehen.“ (Beifall.) „Ich bin nicht beauftragt, die Forderungen des Herrn v. Schorlemer und wünscht eine Ausdehnung dieser Bestimmung auch auf die Rheinprovinz.“ Minister für Landwirtschaft Dr. Lucius: Herrn Baron v. Schorlemer kann ich beizulegen erklären, daß die künftige Staatsregierung mit seiner Ansetzung des § 1 übereinstimmt. Wenn das Bedürfnis für eine ähnliche Ausdehnung sich in anderen Provinzen kundgibt, so wird die Staatsregierung sich diesen Konsequenzen nicht entziehen, wenn nämlich Anträge aus der Provinzialvertretung — wie dies bei der Provinz Sachsen der Fall gewesen ist — an uns gelangen. Der Natur der Sache nach läßt sich nicht anders vorgehen. Abg. Vöhr (freifont): Ich muß als Mitglied der Kommission konstatieren, daß wir eine nichtverfügbare Kraft dieses Gesetzes als selbstverständlich annehmen.

Abg. v. Pilgrim (freifont): Ich muß die Regierung dringend bitten, daß die Abgeordneten für manche Gemeinden bereits einschreiblich geworden sind, in den nächsten Jahren mit weiteren Vorlagen der Art vor das Haus zu treten. Abg. Dr. Meyer (Deutsch-Grone, freifont): Ich halte den Weg der Staatsregierung für bedenklich und glaube, daß die Motive am besten auf dem Wege der allgemeinen Gesetzgebung zu regeln ist. Ich glaube das sowohl im Interesse der Provinzen als der Staatsregierung selbst.

Abg. Freiler v. Zedlitz-Wendisch: Wenn Anträge aus der Provinz Sachsen durchs Volk verfahren, und es wird Sache der einzelnen Provinzen sein, ihre Anträge geltend zu machen. Ich bitte den Herrn Minister, auf diesen Weg fortzuführen. Abg. v. Rauchs (kom.): Ich halte gleichfalls dafür, daß ein provisorisches Vorgehen hierbei das Richtige ist. Wollten mehrere Provinzen gleichzeitig die Einführung eines solchen Gesetzes, so würde man diese wohl selbst zum Antrage stellen.

Abg. Dr. Meyer (Deutsch-Grone) tritt nochmals kurz für eine allgemeine Regelung ein, gegen welche er durchaus keine Bedenken hat. Der Gegenentwurf wird definitiv angenommen, ebenso wird in der Beratung der Gegenentwurf betr. die Vertheilung der öffentlichen Lasten bei Grundstücktheilungen und der Gründung neuer Anstellungen in der Provinz Hannover auf Antrag des Abg. v. Schwarzopf (freifont) in bloc angenommen; auch die Hausgesetzgebung für den Distrikt v. Westphalens findet in dritter Beratung im Reichstag einstimmig Annahme.

Zur zweiten Beratung steht der Gegenentwurf betr. die Feststellung der Leistungen für Volksschulen mit den Änderungen, die die ad hoc eingesetzte Kommission von 21 Mitgliedern an ihm vorgenommen hat und die heute vom Reichspräsidenten Abg. v. Köller (freifont) bekräftigt werden. Zunächst wird der ursprüngliche § 2 des Gesetzes zur Feststellung der Leistungen, welcher in der vom Herrenhaus genehmigten Fassung lautet:

„Jeder jede von den Schulaufsichtsbehörden fortan beantragte Steigerung derjenigen Leistungen, welche von den zur Unterhaltung der Volksschulen verpflichteten Besitzern aufgebracht werden müssen, ist durch den im § 47 des Gesetzes vom 1. Aug. 1883 über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden angeordneten Schulbeurtheilungen, beschließt in Ermangelung eines Einverständnisses der Verpflichteten der Landräthe der Kreisaußschüsse und der Stadträthe der Kreisaußschüsse.“

Die Kommission des Abgeordnetenhauses hat dem § 2 folgende Fassung gegeben: „Werden von den Schul-Aufsichtsbehörden für eine Volksschule Anforderungen gestellt, welche durch neue oder erhöhte Leistungen der zur Unterhaltung der Schule Verpflichteten zu gewähren sind, so wird in Ermangelung des Einverständnisses der Verpflichteten die gemeinsame Sitzung, soweit diese innerhalb der gesetzlichen Zuständigkeit nach dem Ermessen der Verwaltungsbehörden zu bestimmen ist, von Landräthen durch Beisitz des Kreisaußschusses, bei Stadträthen durch Beisitz des Kreisaußschusses, insbesondere mit Rücksicht auf das Bedürfnis der Schule und auf die Leistungsfähigkeit der Verpflichteten, festzustellen.“

Der Antrag über die Frage des Einverständnisses, in Betreff aller, welche als Mitglieder einer Gemeinde oder eines Schulverbandes (einer Schulgenossenschaft, Schulgenossenschaft u. c.) unterhaltspflichtig sind, der verfassungsmäßige Beisitz der Gemeinde und des Schulverbandes, bezw. der Beisitz ihrer verfassungsmäßigen Vertreter.

Die Abg. Dr. v. Köller und Belle (Dr.) beantragen: 1. Den Gegenentwurf an die Kommission zur erneuten Beratung zurückzugeben.

2. Im Falle der Ablehnung des Antrages unter 1 im § 2 Absatz 1 der Kommissionsfassung anstelle der Worte: „ins-

und uns viel Geld einbringen konnte; aber er war zu matt-berzig, um diesem Herrn gegenüber zu treten.“ Helene legte das Päckchen in die Hände der Mutter und trat wieder hinter den Schilf. „Es scheinen Briefe zu sein,“ sagte sie und es klang wie eine Warnung aus ihrer Stimme; „wenn der Vater Forderungen gehabt hätte, würde er es uns nicht verschwiegen haben.“ Die alte Frau löste mit ihren girrenden Händen die Schmir, welche die Papiere zusammen hielt. Steinbauer griff heilig darnach, aber Helene hielt seine Hand zurück. „Sie werden die Papiere nicht durchsehen, so lange die Mutter sie nicht durchgesehen hat,“ rief sie drohend. „Es sind Familienpapiere, die in die nicht jedes Auge hineinsehen darf.“ „Familienpapiere!“ hohnte sie er. „Ein Trauschein, ein Taufzeugnis, einige Briefe — das alles interessiert mich nicht, ich will nur die Schuldcheine kaufen.“ Ein Auswurf der Ueberzeugung bezog ihn, abdröhrend; gierig rißte sich glühender Blick auf dem versegelten Brief, den die alte Frau in der Hand hielt. „Nach meinem Tode zu öffnen,“ las sie. „Das wird's sein,“ rief er. „Geben Sie her!“ „Nicht doch,“ erwiderte sie, erbackt heilig das Siegel und warf einen stützigen Blick auf die ersten Seiten. „Dies ist kein Schuldchein, sondern ganz etwas anderes.“ Mit diesen Worten faltete sie das Papier wieder zusammen und jagte es in die Tasche. „Es ist dennoch ein Schuldchein,“ sagte er unwirsch; „ich weiß, was dieses Papier enthält, und ich weiß auch, daß Sie gar nichts damit anfangen können. Es sind Beheimlichnisse, die Ihr Mann zu Lebzeiten nicht auszusprechen wagte, und die nach seinem Tode nur dann noch Werth haben, wenn sie in die rechten Hände fallen. Was wollen Sie damit thun? Drohen? Man wird Sie anschlagen und das Schriftstück Ihnen abnehmen. So hätte Ihnen fünfzig Taler dafür — das ist für Ihre Beheimlichnisse eine namhafte Summe.“ „Wemem Sie?“ fragte Frau Wilfert tröstlich, deren Mißtrauen nun wieder erwacht war. „Ich denke, mehr dafür zu erhalten.“ „Von den Freiherren von Weniger?“ „Beifällig.“





